

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 53 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt & Samoder

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte, 10 Zeilen oder
äquivalenten Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 129. (Erstes Blatt)

Herford, Freitag, den 4. Juni 1920

38. Jahrgang.

Das Wesen der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei ist die erste der nach der November-Revolution von 1918 neu gebildeten Parteien gewesen, die sich ein Programm zulegte; sie hat auch mit zu den ersten Parteien gehört, die in der jetzigen Reichstagswahlbewegung mit einem Aufruf an die Wähler herausgetreten ist. Nun, da wäre ja wohl alles in Ordnung! Da wissen die Wähler jetzt ganz genau, wie sie mit der Deutschen Volkspartei daran sind, denn sie haben es ja von ihr Schwarz auf Weiß!

Ja, wenn das nur so einfach wäre! Wenn man nur bei der Deutschen Volkspartei auch immer wüßte, daß sie länger als 24 Stunden an dem festhält, was sie sagt! Daß sie mit hapert es aber ganz bedenklich. Diese Partei spricht und handelt heute so, morgen aber sagt und tut sie unter Umständen das gerade Gegenteil. Sie weiß eben allein nicht, was sie will — oder vielmehr: sie will nur eins: Wähler fangen. Und zu diesem Zweck paßt sie sich der jeweiligen Konjunktur an und verbrennt, wenn es sein muß, heute, was sie gestern angebetet hat, um das anzubeten, was sie gestern verbrannt hat.

Damit sich jeder selbst über die unsichere und widersprüchliche Haltung der Deutschen Volkspartei ein Urteil bilden kann, seien einige Tatsachen aus der Geschichte dieser nunmehr anderthalb Jahre alten Partei kurz erwähnt.

Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie!

Als Herr Stresemann im Dezember 1918 die Deutsche Volkspartei gründete, rechtfertigte er seine Absonderung von der Deutschen Demokratischen Partei in erster Linie mit der verschiedenen Auffassung über das Verhältnis zur Sozialdemokratie. Er warf der Deutschen Demokratischen Partei vor, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammen eine parlamentarische Mehrheit bilden wolle, während die Deutsche Volkspartei ihre Ziele nicht im Bündnis mit der Sozialdemokratie, sondern „im Kampf gegen die Sozialdemokratie“ zu erreichen suche. Nun muß man wissen, daß Dr. Stresemann es gewesen ist, der im alten Reichstage als Nationalliberaler zusammen mit der sozialdemokratischen Partei dem Mehrheitsblock angehörte und sich dabei sehr wohl fühlte. Im Dezember 1918 war seine Abneigung aber gegen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten so groß, daß er deswegen lieber eine besondere Partei gründete. Diese Partei erklärte dann in einer offiziellen Rundgebung im Januar 1919:

„Deshalb sind wir unter keinen Umständen gewillt, der sozialdemokratischen Partei zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit die Hand zu reichen.“

So im Januar 1919! Im Januar 1920 aber hatte sich die Deutsche Volkspartei schon wieder zu der entgegengesetzten Fassung durchgerungen und Dr. Stresemann erklärte in der „Täglichen Rundschau“:

„Man darf auch nicht vor dem Gedanken zurückschrecken, einmal im neuen Deutschland mit Sozialdemokraten, die sich auf den Boden eines ordnungsmäßigen Wiederaufbaues stellen, in einem Kabinett zusammen zu fügen.“

In zwei Jahren also haben Dr. Stresemann und seine Anhänger in Bezug auf die Stellung zur Sozialdemokratie zweimal ihre Meinung gewechselt!

Sehr lehrreich ist auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei zum

Betriebsrätegesetz.

In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei im April 1919 erklärte Dr. Stresemann an, daß in dem Räteystem ein „gesunder Gedanke“ liege. Der sich anschließende Parteitag der Deutschen Volkspartei nahm sogar eine Resolution zugunsten der „Fruchtbarmachung des Rätegedankens“ an. Demgemäß erklärte auch in der ersten Sitzung des Betriebsrätegesetzes der Vertreter der Deutschen Volkspartei, seine politischen Freunde seien zu jeder Zeit bereit, an diesem Gesetz — das er als das

Das Neueste vom Tage.

Laut „Baseler Nachrichten“ übermittelte Deutschland offiziell für die Konferenz in Spa den Antrag an die Alliierten auf finanzielle Revision des Versailler Vertrags.

Ueber die auf deutschen Werften im Bau befindlichen Handelschiffe mit einer Gesamttonnage von 325 000 Tonnen ist auf den Londoner Verhandlungen ein Abkommen dahin getroffen worden, daß die Entente 225 000 und Deutschland 100 000 Tonnen erhält. Die abzuliefernden Schiffe müssen selbstverständlich auf deutsche Kosten hergestellt werden.

Die Abgabe der an die Entente abzuliefernden Zeppeleinschiffe ist auf Schwierigkeiten, da die Arbeiter des Luftschiffbaus und die Besatzungen, die die Ueberführung vornehmen sollen, sich weigern, dies zu tun, da sie den deutschen Luftschiffbetrieb durch die Ablieferung bedroht sehen.

Am Wahltag werden in Berlin ständig Streifen um gewaltsamen Verhinderungen der Wahlaktion und Gegendersicherheitspolizei nach den Wahllokalen vorgenommen, wahlärztliche Entgegenzutreten.

Die entscheidende Note über die Grenzregulierung in Schleswig ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris überreicht worden. Die neue Grenze fällt, von einigen Verschiebungen zugunsten Deutschlands abgesehen, mit der Clausen-Linie zusammen.

In einer Versammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften der ersten Zone wurde beschlossen, in den Generalstreik einzutreten, da die Arbeitgeber sich weigern, den geforderten Stundenlohn von zwei Kronen zu bewilligen, der von den gelehrten und ungelerten Arbeitern gleichmäßig verlangt wird.

In Flensburg verlautet mit größter Bestimmtheit, daß die fremden Truppen Flensburg und die ganze zweite Zone Mitte dieses Monats verlassen werden.

Aus Oberschlesien wird das Austauschen bewaffneter polnischer Banden gemeldet, so im Gebiet von Beuthen, Königschütze und Myslowitz. Die Bewaffnung der Polen geschieht unter den Augen der französischen Besatzungsarmee.

In vergangener Nacht haben in Berlin Verhandlungen mit Vertretern der ungarischen Regierung über die Grundlage des gegenseitigen Wirtschaftsvertrages stattgefunden, die zu einer Einigung geführt haben.

Nach einer Mitteilung des Reichswehrministers an die Blätter befinden sich Oberst Bauer, Major v. Stefani und Major Bischoff seit dem 24. Mai in Budapest. Gerüchtwiese verlautet, daß auch General Rittwisch dort sei, jedoch lägen Bestätigungen hierfür noch nicht vor.

Der Kapitän der französischen Mission in Salzburg, Epine, erklärte, die Entente wäre bereit, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu bewilligen, wenn der Beweis erbracht wäre, daß Österreich allein nicht leben könne.

Die Deutschen in Böhmen einschließlich der Sozialdemokraten haben eine staatsrechtliche Verwahrung in Prag wegen ihrer völkischen Vergewaltigung eingereicht.

Auf eine Anfrage, welche Bezüge die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses erhielten, erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Deutschland habe die Kosten zu tragen. Die Summen, die Deutschland für den Bestand des Wiedergutmachungsausschusses bezahlen müsse, würden von der Summe der Wiedergutmachungsschuld nicht abgezogen.

Der französische Senat hat gestern mit 298 gegen 5 Stimmen die neuen Steuergesetze angenommen, deren Betrag auf 9½ Milliarden Franken geschätzt wird.

„größte soziale Gesetz“ rühmte — mitzuarbeiten, um das Gesetz so zu gestalten, daß es den Wünschen und dem Wohle der Allgemeinheit entspricht.“ Obwohl nun der Regierungsentwurf im Ausschuss und in den darauf folgenden Sitzungen der Vollversammlung gerade in der Richtung des Allgemeinwohls umgestaltet wurde, erklärte sich die Deutsche Volkspartei im Januar 1920 gegen das Gesetz und ihr Wortführer strafe sogar ausdrücklich seinen Fraktionskollegen, den Redner bei der ersten Sitzung, Bögen, indem er erklärte, es liege überhaupt kein Anlaß im Wirtschaftsleben vor, eine solche Gesetzgebung (er nannte sie jetzt mit einem Mal „wirtschaftliche Revolution“) ins Werk zu setzen.

Auch die

Beamten

wissen von der stets schwankenden Haltung der Deutschen Volkspartei ein Lied zu singen. Bei der Beratung des Reichs-Etats für 1919 und bei anderen Gelegenheiten stieß die Deutsche Volkspartei über von Wohlwollen und Fürsorge für die Beamten. Als es nachher aber zum Klappen kam, stimmte die Partei gegen den Etat und suchte damit, was an ihr lag, alle Gehaltsaufbesserungen, alle Stellenvermehrungen und alle sonstigen sozialen Maßnahmen, die der Etat zugunsten der Beamten vorsah, zunichte zu machen. Das Schönste aber war, daß wenige Wochen darauf die Deutsche Volkspartei, als wenn nichts geschehen sei, in einem Antrag die baldige Vorlage einer Reform der Beamtenpensionen forderte. Ob sie, wenn diese Pensionserhöhungen im nächsten Etat erscheinen, nun für den Etat stimmen wird, das wissen vorläufig die Götter.

Und sodann: Wie denkt die Deutsche Volkspartei über die

Zwangswirtschaft.

Auch in diesem Falle heißt es: Heute so und morgen so. Gerade aus der Deutschen Volkspartei heraus ist auf das lebhafteste die Forderung nach Wiedereinführung des freien Handels gekommen. Was aber geschah, als in der Preussischen Landesversammlung die Deutsche Demokratische Partei einen Antrag auf Abbau der Zwangswirtschaft stellte? Als es im Sommer 1919 über die Frage im Ausschuss zur Abstimmung kam, waren die beiden Vertreter der Deutschen Volkspartei nicht anwesend und bewirkten dadurch die Ablehnung des demokratischen Antrags mit Stimmengleichheit.

Wie schwankend sich die Deutsche Volkspartei gegenüber dem Militärputsch der Rapp-Lüttwisch benommen hat, das ist noch in aller Gedächtnis. Am 13. März, dem ersten Tage des Putsches, erließ die Partei einen Aufruf in Berlin, der nichts mehr und nichts weniger als die Anerkennung der „neuen Regierung“ bedeutete und „die schnelle Ueberleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine geordnete“ forderte. Als die Sache mit Lüttwisch aber schief ging, da fielen die Männer der Deutschen Volkspartei plötzlich um und behaupteten mit einer Keckheit sondergleichen, ihnen sei es zu verdammen, daß die militärische Gegenrevolution ins Wasser gefallen sei.

Das Tollste an politischer Charakterlosigkeit hat sich die Deutsche Volkspartei aber in der

monarchischen Frage

geleistet. Man bedenke: Im November 1918 stimmte Dr. Stresemann in gemeinsamen Programmberatungen von Männern der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei dem Satz zu:

„So treten wir auf den Boden der republikanischen Staatsform.“

Einige Wochen später, am 27. Januar 1919, richtete derselbe Dr. Stresemann mit den Herren Dr. Heinze und v. Richter von der Deutschen Volkspartei an den vormaligen Kaiser Wilhelm II. ein devotes Geburtstagstelegramm, in dem er versicherte, „daß Millionen Deutscher stets das Bekenntnis zum monarchistischen Gedanken hochhalten.“ Abermals einige Wochen später, im Februar 1919, gab die unter Führung des eben genannten Dr. Heinze stehende Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung die Erklärung ab:

„Wir sind bereit, der verfassungsmäßigen Einführung der republikanischen Staatsform unsere Stimme nicht zu versagen.“

**Wer Versöhnung, Ruhe und Ordnung will,
entscheidet sich am 6. Juni für den Mittelweg, den die
Deutsch-Demokratische Partei geht.**

Allmählich kam dann die Deutsche Volkspartei zu der Überzeugung, daß mit dem Zurückstellen monarchischer Gesinnung doch wohl die besten Geschäfte zu machen seien und infolgedessen begründete Abg. Dr. Heinze im Juli 1919 die Ablehnung der Verfassung u. a. mit der abweisenden Stellung der Deutschen Volkspartei zur Republik. Wiederrum ein paar Monate später kam dann das Programm der Partei mit dem Bekenntnis zu einer monarchischen Spitze für das Deutsche Reich. Im April 1920 aber schrieb das hervorragendste Organ der Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung“:

„Auch die Monarchie gehört zu den Erinnerungen, die wir auf den Trümmerhaufen dessen legen müssen, was war; ihre Wiederkehr ist nach menschlichem Ermessen, praktisch und tatsächlich genommen, eine Unmöglichkeit.“

Eine solche Belohnung für denjenigen, der sagen kann, welches die Stellung der Deutschen Volkspartei augenblicklich zur Monarchie ist, eine noch höhere demjenigen, der angeben kann, wie sie in einem Vierteljahre sein wird!

Wähler! könnt ihr wirklich eine Partei, die in den grundlegenden Fragen haltlos hin und her schwankt, die sich selbst darüber unklar ist, was sie tun soll, die sich immer nur von Augenblicksbestimmungen leiten läßt — könnt ihr eine solche Partei unterstützen? Das könnt ihr nicht, das werdet ihr nicht! Ihr werdet ihr am Wahltag den verdienten Lohn zuteil werden lassen.

Zusammentritt des Reichstags erst am 23. Juni.

wtb. Berlin, 3. Juni. Wie wir erfahren, ist die Frage des Zusammentrittes des Reichstages von folgenden Terminen der Reichswahlordnung abhängig: 6. Juni: Wahltag. 9. Juni: Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke bei den Kreiswahlleitern. 10. Juni: Sitzung der Kreiswahlausschüsse zur Feststellung der Wahlergebnisse in den Wahlkreisen. 11. Juni: Eingang der Resultate der Wahlkreise bei dem Verbandswahlleiter und beim Reichswahlleiter. 12. Juni: Sitzung der Verbandswahlausschüsse zur Ermittlung der Zahlen der auf Grund der Resultate noch auf die Kreiswahlvorschläge entfallenden Abgeordneten. Mitteilung an die Kreiswahlleiter und Abgabe der Resultate an den Reichswahlleiter. 13. Juni: Sitzungen der Kreiswahlausschüsse zur Verteilung der Abgeordneten auf die Kreiswahlvorschläge. Erklärung der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten für gewählt. Benachrichtigung der Gewählten. Gleichzeitig Eingang der Resultate der Wahlkreisverbände beim Reichswahlleiter. 14. Juni: Sitzung des Reichswahlausschusses zur Feststellung der Zahl der auf die Reichswahlvorschläge fallenden Abgeordneten. Erklärung der entsprechenden Zahl von Abgeordneten für gewählt. Benachrichtigung der Gewählten. 15. Juni: Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Kreiswahlvorschläge Gewählten über die Wahl. 16. Juni: Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Reichsliste Gewählten über die Wahl. 22. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Kreiswahlvorschläge. 23. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Reichsliste. Die Zusammenberufung des neuen Reichstages ist daher frühestens auf den 23. Juni möglich. Voraussichtlich wird darum die gegenwärtige deutsche Regierung die Vertretung Deutschlands in Spa ausüben müssen.

Die deutschen Vertreter in Spa. — Eine Nichtigstellung.

wtb. Berlin, 3. Juni. (Sig. Draht.) Durch die Presse war die Nachricht gegangen, die Reichsregierung habe dem belgischen Minister des Aeußern mitgeteilt, sie würde auf der Konferenz von Spa durch den Reichskanzler Müller und durch den Minister des Aeußern Dr. Klotz begleitet von einem Stabe sachverständiger Berater und Beamten erscheinen. Wie wir dazu von zuverlässiger Stelle erfahren, handelt es sich bei dieser Meldung um eine irrtümliche Auslegung. Die Reichsregierung hat das belgische Auswärtige Amt lediglich davon verständigt, daß an den Beratungen in Spa der deutsche Reichskanzler und der Minister des Aeußern teilnehmen würden. Mit Rücksicht auf den Ausgang der Wahlen sei von einer namentlichen Benennung der deutschen Vertreter Abstand genommen worden.

Unabhängige und Rechtsparteien. — Schwere Ausschreitungen.

tu. Darmstadt, 3. Juni. Nachdem bereits am Sonntag eine öffentliche Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei durch Anhänger der unabhängigen Sozialisten vereitelt worden war, ereilte gestern Abend das gleiche Schicksal eine von der Deutschen Volkspartei einberufene Versammlung in der großen Tonhalle, zu der ausdrücklich nur Mitglieder der bürgerlichen Parteien geladen waren. Angehörige der U. S. P. D. hatten die Tribünen des Saales besetzt und kaum hatte der erste Redner der Volkspartei gesprochen, als sie mit einem Hydranten große Wassermengen in den Saal spritzten und Stühle und andere Gegenstände hinunterwarfen. Das Publikum, in dem Herren und Damen vermischt und völlig durchnäßt wurden, flüchtete schreiend ins Freie, wo sich die erregte Menge noch Stundenlang in erregtem Wortwechsel aufhielt. Wenn es beim Wahlkampf schon zu derartigen Ausschreitungen kommt, was soll erst dann geschehen, wenn die Rechtsparteien eine Mehrheit durch die Wahlen erhalten. Unter diesen Umständen an eine Koalition auch nur zu denken, ist vollkommener Unsinn. Die einzige naturgemäße Folge mußte der Bürgerkrieg sein, der den Ruin Deutschlands unweigerlich zur Folge hätte. Für jeden, dem an einer ruhigen Aufwärtsentwicklung gelegen ist, kann es darum nur den Weg der goldenen Mitte geben, den Weg der Deutschdemokratischen Partei.

Deutsches Reich.

Die Unmöglichkeit einer Rätereipublik.

Hannover, 2. Juni. Der Präsident der preussischen Landesversammlung, Oberpräsident Reinert, erklärte heute vor seinen sozialdemokratischen Wählern in Hannover, die Rätereipublik könne in Deutschland nicht eingeführt werden, da hier die Verhältnisse ganz anders seien, als in Russland. Die Franzosen würden, um ihre Ansprüche zu sichern, sofort nach der Bildung der Rätereipublik das Ruhrgebiet besetzen. Die Hoffnung auf die Weltrevolution sei trügerisch, wie die Haltung der französischen Sozialdemokratie bei

den letzten Wahlen gezeigt habe. Als Mitglied der Friedensdelegation habe er seinerzeit in Versailles vergebens mit den französischen Sozialisten in Verbindung zu treten versucht. Wie anders würde man eine solche Friedensabordnung in Deutschland empfangen haben. Wie die Sozialdemokratie Frankreichs verhalte sich auch die Engländer und Italiener.

Ostpreußen und die bolschewistische Gefahr.

tu. Tilsit, 3. Juni. Hier sind einzelne geflohene polnische Offiziere eingetroffen, die Nachrichten über die verzweifelte Lage der polnischen Armee mitgebracht haben. Danach ist das polnische Heer in voller Auflösung begriffen und zieht sich in regelloser Flucht zurück. Die bolschewistischen Truppen folgen ihnen auf den Fersen. Die französischen Instruktionsoffiziere sind machtlos und die Hilfsarmee nach französischen Truppen würden, weil doch die Katastrophe länger nicht mehr aufzuhalten ist. Als sicher aber muß gelten, daß hier niemand an einen ernstlichen Widerstand der polnischen Truppen glaubt. Die meisten Angehörigen aller Parteien sind der Überzeugung, daß in nicht allzu ferner Zeit die Bolschewisten an der ostpreussischen Grenze stehen würden. Der Ententemission im Memelgebiet hat sich deshalb eine gewisse Nervosität bemächtigt.

Wenn die Franzosen die Wahrheit hören.

wtb. Landau (Pfalz), 3. Juni. Nach dem „Rheinpfälzer“ waren der Redakteur Becker und der Geschäftsführer Baum vom „Rheinpfälzer“, ferner der Verleger der „Gegenwart“, Rater in Gedenken wegen schwerer Beleidigung der französischen Armee, begangen durch einen Artikel über die farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten, angeklagt worden. Der Angeklagte Becker, der flüchtig ist, wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Baum zu 10 000 M. Geldstrafe und Rater zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine Einigung zwischen Banken und Bankbeamten.

wtb. Berlin, 3. Juni. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die unter Leitung des Herrn Ministerialrates Dr. Söhler im Reichsarbeitsministerium stattgehabten Schlichtungsverhandlungen zwischen dem Reichsverband deutscher Bankbeamten einerseits und dem allgemeinen Verband deutscher Bankbeamten und dem deutschen Bankbeamtenverein andererseits, haben zu einer völligen Einigung geführt. Die Bankangestellten erhalten vom 1. April 1920 an eine besondere Teuerungszulage, die für Verheiratete und ledige sowie Beurlaubte verschieden bemessen und drücklos abgesetzt ist. Spätestens am 15. Juni sollen die neuen Verhandlungen über den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages beginnen. Derartige Streitigkeiten sind unverzüglich abzubauen. Die Erklärung gilt bis zum Zustandekommen des neuen Reichsarbeitsvertrages, längstens aber bis zum 30. August 1920.

Streit der Frankfurter Postbeamten.

tu. Berlin, 3. Juni. Die Postangestellten von Frankfurt a. M. sind anlässlich der Verlegung des Direktors Weiland vom Hauptpostamt Frankfurt a. M. in den Streit getreten. Eine Abordnung von Streikenden ist in Berlin eingetroffen, um mit dem Reichspostminister Gieseler zu verhandeln. Minister Gieseler ist eigens zu diesem Zweck aus dem Rheinland hier eingetroffen.

„Aufgelöste“.

Berlin, 3. Juni. In Berlin kursieren seit einiger Zeit Gerüchte über Verläufe großer Mengen von Gewehren und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Die Regierung ist den Gerüchten eifrig nachgegangen, zumal die Namen höherer Ministerialbeamten hineingezogen wurden. Es ist ihr jetzt gelungen, die verschlungenen Fäden zu entwirren. Sie führen auf ausländische Stellen zurück, die sich hier im großen Stille mit Schiebergeschäften, sogenannten „Aufgelösten“, zu befassen scheinen. Die Untersuchung hat u. a. zur vorübergehenden Festnahme des Komfils einer befreundeten Macht geführt. Die verdächtigen Ministerialbeamten, deren vollständige Schuldlosigkeit festgestellt, haben Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Untersuchung darüber, inwieweit im übrigen strafbare Handlungen vorliegen, dauert fort. Es ist zu hoffen, daß diesem Unwesen endgültig ein Ende bereitet wird.

Ausland.

Die Beilegung des deutschen Geschäftsträgers in Rom.

wtb. Rom, 2. Juni. Heute morgen fand die Beilegung des deutschen Geschäftsträgers in Rom, v. Herff, statt. Dem Reichswagen voran ging eine Abteilung königlicher Karabinier und eine Kompanie des 28. Infanterie-Regiments. Hinter dem Wagen folgten Vertreter des Hofes, des Senats und Ministeriums des Aeußern und zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie in Rom.

Auflösung des Obersten Rates?

Genf, 3. Juni. Nach französischen Blättermeldungen soll Lloyd George die Absicht haben, selbst die Vertretung Englands im Rat des Völkerbundes zu übernehmen, was die allgemeine Auflösung des Obersten Rates zur Folge haben müßte. Lord Robert Cecil ist, wie es heißt, mit diesem Plane Lloyd Georges durchaus einverstanden, da er den Weiterbestand des Obersten Rates als schädlich und für ein schweres Hindernis für die volle Wirksamkeit des Völkerbundes hält.

Eine Protestnote Rittis.

Kopenhagen, 3. Juni. Die „Berlingske Tidende“ aus London erzählt, hat die italienische Regierung eine scharfe Note an Frankreich und England gerichtet, in der sie Einspruch dagegen erhebt, daß auf Konferenzen, wie derjenigen von Sythie, die gemeinsamen Angelegenheiten der Verbündeten ohne Italiens Mitwirkung entschieden werden. Ritti erklärte, solche Entscheidungen könne Italien nicht anerkennen. Ferner protestiert Ritti dagegen, daß die Frage der deutschen Entschädigungssumme nur von französischen und englischen Sachverständigen behandelt werde.

Der Reichsarbeiterrat Deutsch-Oesterreichs.

wtb. Wien, 3. Juni. Nach einem Bericht der sozialdemokratischen Korrespondenz nahm der Reichsarbeiterrat mehrere Anträge an, nach denen er die Einstellung aller Lieferungen von Kriegsgut an Polen und Ungarn fordere. Der Reichsarbeiterrat verlangte ferner baldmöglichst Wiederherstellung der normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, sodann die Durchführung eines Boykotts gegen Ungarn, sobald ihn die internationale Gewerkschaftszentrale verhängt haben wird. Der Reichsarbeiterrat erklärte, daß, wenn Ungarn nicht zur Abrüstung angehalten werde und die Bourgeoisie sowie die Bauerngesellschaften Deutsch-Oesterreichs nicht entwaffnet würden, auch die Arbeiterklasse Deutsch-Oesterreichs gezwungen sein werde, Heimwehren aus verlässlichen Republikanern zu organisieren. Ferner forderte er die Sicherung der Republik, eine Demokratisierung der Verwaltung sowie die Kommunalisierung der Polizei.

Die Einwendungen der Türkei gegen den Friedensvertrag.

Paris, 3. Juni. „Daily Mail“ berichtet, daß der türkische Großwesir die Antwort der türkischen Regierung auf den Friedensvertrag der Alliierten nach Paris überbringen werde. Die Türkei werde gegen folgende Punkte Einwendungen erheben: 1. Die

Türkei erkenne die Selbständigkeit Palästinas und Armeniens an. 2. Die Türkei verweigere die Abtretung Thrakiens an Griechenland, wird aber Thrakien administrative und politische Freiheit gewähren. Sollte diese Forderung abgelehnt werden, so fordert die Türkei vom Völkerbund, daß dieser einen Gouverneur für Thrakien ernenne. 3. Die Verhältnisse in Smyrna sollen vom Völkerbund geregelt werden.

Eine neue Krise im englischen Kohlenbergbau.

wtb. Haag, 4. Juni. (Sig. Draht.) In der englischen Kohlenindustrie droht eine neue ernste Krise auszubrechen. Die Grubenarbeiter haben beschlossen, darauf zu bestehen, daß die Regierung die Preise für Steinkohlen herabsetzt, oder neue Lohnverhandlungen vornimmt.

Paris, 3. Juni. General Gouraud, der französische Oberkommandierende in Syrien, hat mit den türkischen Nationalisten einen 20tägigen Waffenstillstand abgeschlossen, der nach dieser Frist erneuert werden kann.

Die Verhandlungen über den Wirtschaftsanschluß Luxemburgs an Belgien werden sogleich nach Veröffentlichung des Eisenbahnvertrages eingeleitet werden.

Durch Beschluß der internationalen Gewerkschaften ist ein Generalboikott über Ungarn beschlossen worden. Litauen hat sich wegen der Zwangslage im russisch-polnischen Kriege um Auskunft an die Entente gewandt und die allgemeine Mobilisierung beschloß.

In London sind Berichte über einen ernsten Bauernaufstand im Südrussland eingetroffen, der nur durch blutige Kämpfe niedergeworfen werden konnte. Hunderte von Bauern wurden getötet und verschiedene Dörfer verwüstet.

Verschiedene Nachrichten besagen, daß die bolschewistische Kriegseileitung eifrig mit der Wiederherstellung der russischen Ostflotte beschäftigt ist.

Der englisch-japanische Vertrag wird wahrscheinlich automatisch ein Jahr weiterlaufen, da die Zeit bis zum 1. Juli nicht mehr für eine Revision ausreicht.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

4. Juni.

Die Lage des Kleinhandels.

Aus Handelskreisen wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Das Warenangebot ist im Verhältnis zur Lage recht klein. Die Fabrikanten und Großhändler wissen, daß durch die Kaufkraft im Einzelhandel keine Neigung für neue Bestellungen besteht, und sie haben daher die Befehle ihrer Vertreter bei der Kundenschaft auf ein Minimum beschränkt, um so mehr, als die hohen Aufkosten Reisen ohne Erfolg nicht gestatten. Es werden wohl vereinzelt Waren angeboten zu etwas niedrigeren Preisen, von einer allgemeinen Preisfrennung ist bis jetzt nichts zu merken. Es wird immer auf die hohen Produktionskosten, die teuren Löhne und hohen Speisen hingewiesen, wenn über die Höhe der Preise verhandelt wird.

Die Zurückhaltung des Publikums beim Einkaufe dauert fort. Die Einnahmen werden von Tag zu Tag geringer. Die Preise im Einzelhandel können auch nicht fallen, da die Waren zu hohen Preisen gekauft sind, die hohen Speisen (allgemeine Aufkosten, Frachten, Verpackung, Steuern, Gehälter usw.) bedingen, daß an dem Nutzen, den man nehmen muß, festgehalten wird, und da außerdem billigere Angebote nicht vorhanden sind und sogar in manchen Artikeln noch Preiserhöhungen gemeldet werden, ist ein allgemeines Zurückgehen der Preise vorläufig nicht zu erwarten. Die Zurückhaltung der Käufer würde auch weiter dauern, selbst wenn man daran ginge, die Waren zu verschleudern, denn m. E. würde das Publikum gerade durch ein Verschleudern erst recht frugig werden. Das einzige Mögliche ist: Jeder muß die Ruhe bewahren und abwarten.

Der wundeste Punkt in der jetzigen Zeit ist die Personfrage. Die Gehälter, die im Monat Mai gerade auf den höchsten Punkt getrieben wurden, sind kaum erschwänglich, und manches mittlere oder größere Geschäft hat Sorge, die Saläre aus den laufenden Einnahmen decken zu können. Wenn auch bis jetzt im Handel Entlassungen nur in bescheidenen Grenzen stattgefunden haben, so wird, wenn die Lage sich nicht bessert, die Möglichkeit des Weiterbestehens mancher Geschäfte davon abhängen, daß der Personalstand verkleinert wird. Das würde eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit bedeuten. Gewiß ist bei den teuren Preisen der Kaufkraft weiter Kreise eine Grenze gezogen, aber vielfach wird auch von Leuten, die über Mittel verfügen, der Bedarf künstlich eingeschränkt, weil man täglich auf einen Preisturz hofft. Dieser ist angesichts der oben erwähnten Tatsachen jedoch nicht zu erhoffen, aber die Zurückhaltung in Käuferkreisen stellt tausende Geschäftsleute vor die Gefahr des Zusammenbruchs. Deshalb, wer kaufen kann, laufe, er hilft so, daß die Geschäftsleute die schwere Zeit überstehen und daß tausende Angestellte und Arbeiter ihren Broterwerb nicht verlieren.

— Das Wetter am Sonnabend: Bei warmer Temperatur und vorwiegend sonnigem Wetter lokale Gewitter.

— Wahlscheine noch bis heute Abend. Wahlscheine, die einem durch berufliche, persönliche oder öffentliche Angelegenheiten außerhalb seines zuständigen Wohnortes weilenden Wählers die Stimmabgabe an seinem derzeitigen Aufenthaltsorte ermöglichen, können auf Grund eines neuen ministeriellen Erlasses noch bis heute Abend ausgestellt werden. Auf Grund zahlreicher Beschwerden hat der Minister des Innern die Verlängerung der Frist bis heute verfügt.

— Das Reichsnotopfer. Die vom Reichsfinanzminister erlassenen Ausführungen zum Gesetze über das Reichsnotopfer sind jetzt veröffentlicht worden. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers erfolgt durch die Finanzämter. Als Frist für die Abgabe der Steuererklärung ist die Zeit vom 28. Juni bis 28. August bestimmt. In besonderen Fällen kann diese Frist verlängert werden. Auf Grund des

Steuererklärungen statt. Steuerbescheid Steuer und d.

Wieder Begründungstenden Familien zugelassen.

g. Der Le in seiner vorgichte der Verund dem ProSalte hat derfestes Rückgrund und religiösherrschafft uSchliffe der Wsch für den Gkalverein wumen. Sie wugestellt und diKlasse vorerhalten. Daals vollständi80 Prozent v auf 4 Jahre uje 50 Prozenten gleich besen und Erste Rntszulagen, mit 2 Lehrerngehen. — DieLehrerbereinsdie weltlicheicht der Mehneine UnabtimSchule beschloSchreiben derwomach den Kzum Lehrergebigen Stellen ffordert werden

— Volkststveranstatet diStädtischen DrPflingstage inreichen Beisallgramm bietetChorlieder, zwLingenden Weich auf seine

— Handlindet im Büsammlung statwerkers ist.

g. Das 1. des deutshdem Schützenhins kleinste vonallen dem VermengchbrigkeitFamilien allerDer Seminardes Vereins gStädtischen KVeranlagungstBesorg, so daß

— Richtstfrigen Herausalen OberdickMänner vonRampf nahmrazgehenden VerRechnit und jzu schaffen, unes der herfürstalen durch Kschluß an seineger, Herrn SaRingkampf auHingstamf vor. (Siehe J

Dr. Wilhelm AlRindenhaus beiLiedergelagt. Inin Detmold erstlPartei und veröallismus“. Dr. zband zum Abgeor

Die Fettreinheit für die Woche vom 7. bis 13. d. Mts. ist auf
0 Gramm Butter zu 75 β , 70 Gramm Auslandsmargarine 170.
00 Gramm Inlandsmargarine 9,60 $\mathcal{A}$ festgesetzt.
Gerford, den 4. Juni 1920, Lebensmittellamt.

Oberbürgermeister Dominicus

erster Kandidat der D. D. P.

spricht am

Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Evangel. Vereinshause.

Demokraten
Demokratische Jugend



Unterstützt
uns in der Wahlarbeit
und stellt Euch für den 6. Juni als
Wahlhelfer

zur Verfügung! Meldungen erbitten wir an
unser Parteibüro Bäckerstrasse 4, Fernruf
197, bis Freitag abend 6 Uhr.

Deutsche Demokratische Partei.

Männer-Chor „Sängerwarte“.

Chorleiter: Herr Lygal-Gefanglehrer Paul Gröppler.
Am Freitag, 4. Juni, abends 8 Uhr, im Brinkmanns
Garten: Infolge zahlreicher Wünsche Wiederholung des

Doppel-Konzertes

in Gemeinschaft mit dem Städt. Orchester.

Zum Vortrag kommen erstklassige Chorwerke u. Konzerte!
Karten im Vorverkauf 2 Mk. inkl. Steuer in der Korkamp-
schen Buchhandlung. An der Abendkasse 50 Pfg. Aufschlag.
Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im Saale statt.

Achtung!

Am Sonnabend, den 5. Juni, feiert das
Musik-Orchester „Sanga“ sein diesjährig.

Frühlings-Fest

in den Lokaltäten des Herrn Wilsch, Epfler,
Wieselerstraße.

10 Mann Streich- und Blas-Musik!
Die Tanzpausen werden durch humoristische
Vorträge ausgefüllt! // // Anfang 7 Uhr.

Zu diesen genussreichen Stunden ladet ein
Das Fest-Komitee.

Verband der weiblichen Handels- und Büro-
Angestellten E. V. [Ortsgruppe Herford.]

Unser diesjähriges

Frühlingsfest

verbunden mit Konzert, Vorträgen und nachfol-
gendem Ball feiern wir am Sonnabend, den 5. Juni
ds. Jrs. in den Räumen des Schlützenshofes.

Beginn abends 7 Uhr.

Alle Mitglieder, deren Angehörige und Freunde,
sowie sämtliche Verlände der kaufmännischen und
technischen Angestellten werden hierdurch herzlich
eingeladen.
Der Vorstand

Brinkmanns Saal.

Sonnabend abend von 7 Uhr an

Tanzkränzchen

des Städtischen Orchesters.

Lichtspielhaus „Wittekind“

Höckerstrasse 5.

Fernsprecher 690.

Heute Freitag, den 4. Juni 1920:

Herausforderungskampf bis zur Entscheidung

im türkisch freien Stile

Reckling Sambucko

Paul Overdick

Europa-Weltmeister

Meisterringer v. Rheinl. u. Westfalen.

** Alle Griffe erlaubt vom Scheitel bis zur Sohle **

Vor den Kämpfen:

// Das grosse Kino-Programm! //

Anfang 6,30 Uhr.

Beginn des Ringkampfes gegen 9 Uhr.

Karten-Verkauf ab 4 Uhr an der Kasse.

Freikarten und Dauerkarten haben heute keine Gültigkeit!

Prima
Bohnerwachs!
Max W.,
Gänsemarkt.

Ziegelsteine

vorrätig.

August Wiltland,

Dampfsiegelei, Fernspr. 1420.

Bohnenstangen

vorrätig.

Meyer, Leopoldstraße.

8 PS. Bergmann- Gleichstrom-Motor

zu verkaufen.

August Stüfel, Möbelfabr.

Wittenberg 26.

Guterhaltener

Fahrrad

mit neuem Gummi preiswert

zu verkaufen.

Johannisstr. 44.

Ein fast neuer

Federwagen

zu verkaufen.

Nachfragen unter Nr. 8396

in der Geschäftsst. d. Bg.

Federkastenwagen

gut erhalten, preiswert zu ver-

kaufen.

Winter,

Lotharstr. 32.

Zwei elegante Maßanzüge

erste Qualität, aus Privatbesitz, sehr

billig zu verkaufen.

B. Schilling, abends 5-8 Uhr.

Lehmacher, Herford,

Radewigerstr. 24.

Auto- Mützen Sport

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Faserstoff-Mützen

von M. 2,25, 4,00, 6,00, 7,50.

Heinrich Pracht & Co.,

Bäckerstrasse 7.

Stoffknöpfe

in allen Formen und Größen fertig schnell und preiswert an
Fr. Schröder, Herford, Löhnerstr. 17.

200 Mk. Belohnung!

Am Mittwoch, den 2. Juni, mittags, wurde mit
meinem Rad „Marke Wittler“ Nr. 64040, mit englischem
Leiter, Gänsemarkt 5, gestohlen.

Obige Belohnung demjenigen, der mir zur Wiedererlan-
gung des Rades verhelfen kann.

Lehmacher, Herford, Radewigerstr. 28.

Grasverkauf.

Am Montag, d. 7. Juni,

nachm. 3 Uhr, beabsichtige ich den

ersten Schnitt Gras

von 100 Scheffeln auf Wiesen

in Wille zu verkaufen.

Pahmeyer.

Wohnhaus

auf Stiftberg steht zum Verkauf.

Nähere Auskunft erteilt

Schlosserstr. 17

Handwerker sucht einfach

möbliertes Zimmer

am liebsten mit voller Pension.

Schriftl. Angeb. u. Nr. 8400

an die Geschäftsst. d. Bg.

H. Kümmel's Damenfrisier-Salon

Göbenstrasse 27.

Kopfwäsche,

Ondulation,

moderne Frisuren.

Anfertigung

sämtl. Haararbeiten.

Schreib- maschinen

schreibbare Schrift, labellos er-

halten, verkauft C. Götting,

Gera (Neuß), Schlossstr. 19.

Mädchen,

welches auch im Kochen be-

wandert ist, zum baldigen An-

tritt in besserem Hause gesucht.

Zu erfrag. unter 8371 in der

Geschäftsst. d. Bg.

Geübte Näherinnen

für Lüftungssachen, Wäscheputzen

und dgl. finden sofort Be-

schäftigung durch

Pilgrim & Nolting.

1. Maschinen- Schreiner

als Vorarbeiter, sowie

ein Maschinen-Schreiner

für alle Maschinen von

einer Baugeschäft in

der Nähe von Dortmund

sofort gesucht.

Geft. Angebote mit Zeugnisab-

schriften unter Nr. 8329 an

die Geschäftsst. d. Bg. erbeten.

9 Legehühner u. 1 Hahn

zu verkaufen.

Johannisstr. 33.

Hast neuer Anzug mittlerer

Größe, u. neues, helles, Leinwand-

kostüm, preiswert zu ver-

kaufen. Bräderstr. 16.

Wir kaufen Papierabfälle

aller Art

(alte Zeitungen, Bücher, Jour-

nale, Pappen usw.) zu Tages-

preisen

Buchdruckerei Fr. Augst

Herford, 83 und 151.

Händler und Hausierer

finden leicht verkäufliche Artikel.

Zu sprechen morgens 9-12 Uhr.

Zimmerstr. 20.

Wählt Deutsch-Demokratisch:

Liste Dominicus!

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Postgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuppe
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Werknamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 129.

(Zweites Blatt)

Herford, Freitag, den 4. Juni 1920

38. Jahrgang.

Frauen wählt!

Ein Aufruf an die demokratischen Frauen mahnt zur Teilnahme an der Wahl. Der Aufruf hebt hervor, daß die Koalitionsparteien in der Verfassung festgelegt haben: die Gleichberechtigung der Frau, den Schutz für die Familie, die Fürsorge für Mutterchaft und Jugend, die Freiheit zur Religionsübung, den Aufstieg der Begabten in der Schule. Diese Grundsätze sind in Gefahr, wenn die Frauen nicht für sie eintreten: „Treibe keine Verärgerungspolitik! Sage nicht: Ich will nicht für eine Regierung stimmen, unter der alles immer teurer wird! Das hing damit zusammen, daß der Wert des deutschen Geldes im Ausland immer mehr sank. Du siehst, daß jetzt, da die Mark im Ausland steigt, schon vieles billiger wird. Das wird anhalten, jedoch nur, wenn im Ausland der Glaube besteht, daß die deutsche Regierung eine friedliche Regierung des Aufbaues ist. Denke daran, daß die Regierung aus einem Trümmerhaufen in einem Jahr nicht Blüten und Früchte hervorzubringen konnte! Denke daran, daß sie und die Parteien, deren Vertrauen sie hat, unermüdlich gearbeitet haben, während die, die beschimpfen, selbst nichts getan haben für Deutschland. Sie wollen auch heute nicht, daß sich alle Massen zusammenfinden zur Arbeit für Deutschlands Zukunft, für die deutschen Kinder, sondern sie wollen das deutsche Volk auf neue auseinanderreißen. Laß dir nichts von radikalen Kreisen zutragen, zutuscheln, die das junge Volk zerbrechen wollen. Die tiefste Kluft würde sich aufstun und Haß und Kampf in jedes Haus getragen, wenn diese Kreise aus Ruder kämen. Weist Du, Kameradin, was das heißt? Einige von uns haben Putsche erlebt! Drauf, wie Menschen einer Sprache, eines Blutes, einer Heimat sich zerreißen. Wer es miterlebt hat, vergift es nie. Und das waren nur Vorspiele dessen, was kommen kann. Stellt Euch vor, was das heißt, überall frißt sich Haß und Verachtung ein. Schützengräben gehen durch die deutschen Häuser. Die Nachbarin, mit der Du geplaudert, haßt Dich. Die Kinder, die zusammen gespielt, spucken aus vor einander, schimpfen und schlagen sich. Dein Mann hält es mit der roten, Dein Sohn mit der weißen Armee! Die Bauern verstecken ihre Habe vor den Städtern. Die Städter jagen auf Land, um nicht zu verhungern. Unendliches Leid, wohin wir sehen.

Du kannst den Bürgerkrieg vermeiden! Du kannst am 6. Juni dem deutschen Volk den inneren Frieden erhalten!

Frauen wählt, damit man Euch nicht zur Verantwortung zieht!

Mütter wählt, damit Ihr Euren Kindern ohne Scham ins Gesicht sehen könnt!

Mädchen wählt, damit nicht Haß gegen den eigenen Bruder aufsteigt!

Kameradin komm' mit zur Wahl, damit das Fundament, das gelegt worden ist, fest bleibt!

Wählt alle so, daß nach der Wahl auf dem Wege der Mitte, auf dem Wege des Ausgleichs, weitergearbeitet werden kann für ein schöneres Deutschland, ein besseres Vaterland für unsere Kinder! D. P. K.

Deutschnationale Verbildung der Lebenshaltung.

Die Anzeichen mehrten sich, daß die Deutschnationalen auch die Lebensmittellieferung den Mehrheitsparteien in die Schuhe zu schieben versuchen. Vor uns liegt ein Flugblatt, das in den Provinzen Brandenburg und Sachsen zur Wahl von Deutschnationalen auffordert. Es ist unterschrieben: „Goldene Berge“. In der Tat versprechen die Deutschnationalen darin „goldene Berge“, nämlich „Verbildung der Lebenshaltung“. Vor einigen Wochen schlug nun die Mehrheitsregierung als Grundpreis für Weizen den Preis von 1100 M. dem 6. volkswirtschaftlichen Ausschuss vor. Was beantragten aber die Deutschnationalen: einen Grundpreis von 2000 M., also rund das Doppelte. Bei der Abstimmung wagte selbst ein Deutschnationaler nicht einmal für diesen Antrag zu stimmen. Der Antrag wurde gegen die beiden übrigen Deutschnationalen, also mit 26 gegen 2 Stimmen abgelehnt. So „verbildigen“ die Deutschnationalen die Lebenshaltung.

In den Berliner westlichen Vororten, in der Großstadt, ließen sogar gelbe Zettel, auf denen es heißt: „Geht, daß das Brot wieder billiger wird, wählt deutschnational!“ D. P. K.

Dr. Geßler über die Putschgefahr.

In Berlin, 3. Juni. Reichswehrminister Dr. Geßler führte in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des „Berl. Tagebl.“ u. a. folgendes aus: Der Gedanke, einen Putsch, mag er von rechts oder von links kommen, zuzulassen, wird von den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr abgelehnt. Ich komme jedoch aus Schlesien zurück. Die Truppe dort macht einen guten Eindruck. Das Misstrauen, das aus den Tagen des Kapp-Putsches her noch an manchen Stellen zwischen Truppen und Bevölkerung besteht, wird, so hoffe ich, allmählich verschwinden. In Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen ist die Lage zur Zeit so, daß die Rechte einen Rinsputsch und die Linke einen Rechtsputsch befürchtet. In dieser gespannten Lage kommt alles darauf an, die Ruhe zu bewahren und zu verhindern, daß an irgend einer Stelle der Funke ins Pulverfaß geworfen wird. Sollte es zu Unruhen kommen, so ist es Sache der Polizei und der Sicherheitspolizei bezw. der Länder, ihrer Herr zu werden. Reichen deren Kräfte nicht aus, so würden die Regierungen der Länder die Reichswehr zu Hilfe rufen. Bei aller Sympathie mit der ich entschlossen bin, der von der Regierung unterzeichneten Friedensvertrag zu erfüllen, kann ich daran doch keinen Zweifel hegen, daß gerade die Durchführung einer Reichswehrverminderung auf allerhöchste Schwierigkeiten stößt. Wie die Geschichte der Auflösung der Brigade Ehrhardt und auch der Freikorps beweist, stieß die Auflösung dieser schon verhältnismäßig schwachen Verbände auf beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten. Diese Fragen werden ja in Spaas hoffentlich mit großer Sachlichkeit behandelt werden können. Zum Fall Raasche erklärte der Minister, daß die Offiziere der Reichswehr mit ihm eines Sinnes darüber seien, daß die Tötung dieses Mannes auf das schärfste zu verurteilen ist.

Die Stellung der Sicherheitspolizei in Preußen.

In Berlin, 3. Juni. In einer Sitzung der Führer der Sicherheitspolizei in Preußen im Ministerium des Innern hat der Chef der Sicherheitspolizei in Preußen im Namen aller Führer dem Minister Seeberting eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Die Sicherheitspolizei steht fest hinter der vom Volke eingelegten verfassungsmäßigen Regierung. Jeden Putsch wird die Sicherheitspolizei rücksichtslos unterdrücken. Die Sicherheitspolizei ist sich ihrer großen Aufgabe bewußt und wird in den kommenden Wochen beweisen, daß sie des Vertrauens der Regierung würdig ist.

Ausschreitungen von Chargierten des Freikorps Schulz.

In Berlin, 3. Juni. Wie dem Vorwärts aus Oldenburg gemeldet wird, ließen sich Chargierte des Freikorps Schulz schwere Ausschreitungen zuschulden kommen. Sie verhafteten Zivilpersonen, die sie auf dem Transport zum Wachstotal mißhandelten. Ein Zivilist wurde erschossen. Die sozialdemokratische Parteiorganisation hat an den Reichswehrminister Dr. Geßler ein Protesttelegramm gerichtet und Schutz verlangt.

Polales.

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

„Umsatteln“.

Hunderttausende Knaben und Mädchen haben im Reich zu Ostern die Schule verlassen und alle, mit wenigen Ausnahmen bei den Mädchen, treten in einen Beruf. In vielerlei Richtung bewegen sich die Zukunftswünsche der Schulentlassenen. Für die Mädchen ist ja die Berufswahl kaum von so ausschließlicher Bedeutung, wie für die Knaben, die nun schon größtenteils als Lehrlinge in irgend ein Handwerk eingetreten sind. Jene suchen nur für Jahre einen Verdienst, bei diesen aber entscheiden die Lehrlinge über ein ganzes Leben. Von allergrößter Bedeutung ist es daher, ob die jungen Leute den ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechenden Beruf gewählt haben. Leider ist dies noch sehr häufig, trotz der Weisungen der Berufsberatungsstellen, nicht der Fall. Vielfach fällt auch hier bei den Eltern die Aussicht auf baldigen und großen Verdienst der Kinder zu sehr ins Gewicht, ohne daß darauf Rücksicht genommen wird, ob in dem Beruf auch für spätere Jahre Verdienstmöglichkeiten zu erwarten sind. Auch davon abgesehen, stellt es sich oft nach einiger Zeit heraus, daß, was selbst in Handwerkerkreisen zugegeben wird, die Meister, bei denen die jungen Leute zur Lehre sind, aus irgend welchen Gründen nicht in der Lage sind, den Lehrlingen eine regelmäßige und geordnete Berufsausbildung zu geben oder der Lehrling fühlt selbst, daß er außerstande ist, in dem jetzigen Beruf etwas zu lernen oder zu leisten. Schließlich tritt dann eindringlicher Spruch der Eltern zu Hause vom „Umsatteln“ und steht dabei gewöhnlich auf den härtesten Widerstand bei Eltern und Verwandten. Da leider bei diesen vielfach noch das Vorurteil besteht, als sei ein Berufswechsel ein Makel. In dem Umstand, daß jemand für einen bestimmten Beruf nicht geeignet ist, wird beinahe eine moralische Minderwertigkeit gesehen und der Lehrling oft kurz hin als „Lungenichts“ bezeichnet. Nun ist ja gewiß, daß nicht jedem Unlustgefühl der jungen Leute nachgegeben werden soll, jedenfalls dürften die Eltern aber ein solches zum Anlaß nehmen, um sich bei den Lehrherren

4. Juni.

über die Anstellbarkeit und Eignung des Lernenden zu erfordern und zu erwägen, ob ein Berufswechsel nicht doch angebracht wäre, denn aus keiner Ursache entstehen so viele verpfuschte Existenzen, wie aus einer falschen Berufswahl. Man möge sich hüten, in jedem Unlustgefühl Faulheit und Widerspenstigkeit zu sehen und stets bedenken, daß Unfähigkeit und mangelnde Geschicklichkeit in einem Erwerbszweig nicht ausschließen, daß der Lehrling in einem anderen vorzügliches leistet. Auch wenn sich herausstellen sollte, daß sich ein Meister zum Ausbilden nicht eignet, soll nicht geörgert werden, den Lehrling zu einem anderen Meister zu geben, denn ein Wechsel, auch nach längerer Zeit, ist immer noch besser als die Wahrscheinlichkeit, daß der junge Mann nach beendeter Lehrzeit doch nur ein Stümper ist, der nur schwer eine Arbeitsgelegenheit finden kann. Es gehört viel Verständnis und noch mehr Klugheit dazu, in einer solchen Frage den richtigen Weg zu finden und eines darf nie vergessen werden, daß mit den Lehrjahren im allgemeinen die Entscheidung über das ganze Leben fällt. R.

— Alte Bauernregeln für den Juni. Bläst der Juni ins Donnerhorn, bläst er ins Land das liebe Korn. — Medardus (8.) gibt keinen Frost mehr her, der dem Weinstock gefährlich war. — Wie's Wetter ist am Medardustag, bleibt es sechs Wochen lang darnach. — Wie's Wetter auf Medardus fällt, es bis zu Mondes Schluß anhält. — Was St. Medardus für Wetter hält, solch' Wetter in die Ernte fällt. — Regnet's an St. Barnabas (11.), schwimmen die Trauben bis ins Faß. — Ist es Corporis Christi (24.) klar, bringt es uns ein gutes Jahr. — Wenn der Kuckuck noch lang' nach Johannis schreit, ruft er Mißwachs und teure Zeit. — Vor dem Johannisfest keine Gerste man loben mag. — Vier Tage nach und vor der Sonnenwende zeigen die Winde bis Sommers Ende. — Stellt der Juni mild sich ein, wird's auch der Dezember sein. — Regen am Siebenschläfertag (27.), bringt Regen sieben Wochen darnach. — Menschen und Juniwind ändern sich geschwind. — Wenn im Juni Nordwind weht, kommt Gewitter oft recht spät. — Nicht zu naß und nicht zu kühl, nicht zu trocken, nicht zu schwül, warm und naß und kühl und trocken, dann gibt der Brachmond in die Milch zu broden. — Vor Johannis (24.) bitt' um Regen, nachher kommt er ungelegen. — Ein Feuer und Wasserfessel drauf, ist des Brachmonds bester Lauf. — Was bis September soll geraten, das muß schon im Juni braten. — Auf den Juni kommt es an, ob die Ernte soll bestahn. — Wenn kalt und naß der Juni war, verdirbt er meist das ganze Jahr. — Juni trocken mehr als naß, füllt mit gutem Wein das Faß. — Regen am St. Vitustag (15.), die Gerste nicht vertragen mag. — Im Medardus es nicht regnen mag, es regnet sonst wohl vierzehn Tag'. — Juni feucht und warm, macht den Bauer auch nicht arm. — Nordwind im Juni gesandt, wehet Korn ins ganze Land. — O heiliger Veit (15.), o regne nicht, daß es uns nicht an Gerste gebricht.

— Abschluß eines Tarifvertrages für Angestellte im Baugewerbe. Der Reichstarifvertrag für Angestellte mit dem Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes ist abgeschlossen worden. Es steht zu erwarten, daß durch den Abschluß dieses Vertrages, der für das ganze Deutsche Reich Gültigkeit hat, den Arbeitsverhältnissen des für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens so überaus wichtigen Baugewerbes eine gewisse Festigkeit verliehen wird. Alle im Baugewerbe tätigen kaufmännischen und technischen Angestellten dürften an der durch den Abschluß des Reichstarifvertrages erzielten Neuordnung ihrer Gehalts- und Arbeitsbedingung das größte Interesse haben. Auskunft über alle getroffenen Vereinbarungen erteilt die Fachgruppe der Angestellten im Baugewerbe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Berlin C. 19, Oberwasserstraße 12.

— Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Reichseinkommensteuer. Das Kapitalertragssteuergesetz weist mancherlei Härten auf. Persönliche Verhältnisse der Steuerpflichtigen können nicht berücksichtigt werden. Es werden auch die Zinsen u. a. aller derjenigen Personen betroffen, die sonst keine Steuer zahlen. Dies ist besonders empfindlich für die kleinen Rentner, für Witwen und Minder. Das Gesetz läßt aber für die sonst „steuerfrei“ veranlagten Personen einen Ausweg zu. Für diejenigen, die die Reichseinkommensteuer zahlen, besteht die Möglichkeit, daß die entrichtete Kapitalertragssteuer auf die zu zahlende Einkommensteuer angerechnet wird. Die Anrechnung hat aber drei Voraussetzungen: 1. Die Kapitalertragssteuer muß mindestens 5 M. betragen; 2. der Steuerpflichtige muß über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder dauernd im Erwerb behindert sein; 3. das Einkommen muß sich hauptsächlich aus Kapitaleinkommen und Pensionen zusammensetzen. Die Anrechnung erfolgt bei einem Einkommen unter 7500 M. in Höhe von 75 vom Hundert, bei höherem Ein-

Jetzt se

Weltmarkt ist in hohem Grade überanstrengt und eine Entlastung der Reichsbank ist daher unbedingt erforderlich. Die Banken werden ersucht, bei der Kreditverleihung die größte Zurückhaltung zu zeigen und nur in ganz besonders dringenden Fällen Kredit zu bewilligen. Gegenüber neuen Geschäftsunternehmungen und Industrieen ist die größte Vorsicht am Platze. Der bereits zu solchen Zwecken bewilligte Kredit soll behutsam eingeschränkt werden, besonders in solchen Fällen, wo eine Unterstützung des Unternehmens vom allgemeinen Gesichtspunkt aus weniger empfehlenswert ist, selbst bei noch so günstigen Gewinnchancen. Wenn eine Entlastung der Reichsbank nicht durch freiwillige Zurückhaltung seitens der Privatbanken erzielt werden kann, wird es notwendig werden, zu Zwangsmaßnahmen zu greifen, eventuell zu einer neuen Diskont-erhöhung.

Neuheiten vom Büchermarkt.

Die beiden erschienenen Nr. 10 des „Simplicissimus“ enthält u. a. folgende Zeichnungen: „Auf zur Wahl“ von Karl Arnold, „Am 6. Juni“ von H. von Gersdorff, „Der Minister als Wahlredner“ von Th. Th. Heine, „Berliner Wahlkampf“ von G. Th. Th. „Münchener Wahlen“ von R. Grieb, „Tod den Schiebern!“ von O. Wulbrandt, „Auferstehung in Wierach“ von G. Schilling. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit einer Skizze „Der Wälschentag“ von Josef Frank, ferner mit je einem Gedicht „Vor der Schlacht“ von Emanuel, „Köpfe“ von P. S. und „Zeitgemäße Ausrichtung“ von Hermann Schieder. Dann folgen 8 weitere Beiträge. Der „Simplicissimus“ kostet pro Nummer 1,50 M., die Buchhändler-Ausgabe, welche auf einem qualitativ ganz hervorragenden schönen Papier hergestellt wird, im Vierteljahrsabonnement 35 M. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. u. Co. in München.

Sport.

Minden-Ravensberger Turngau. Die zweite Serie der Gausspiele um die Meisterschaft für Schlagball und Faustball wird am kommenden Sonntag auf dem Rübberbruch ausgetragen. Alle Faustball- und Schlagballvereine der 18 Vereine unseres Gau's, die sich um die Meisterschaften bewerben, werden sich hier treffen und ab 10 Uhr vormittags werden 12 Schlagball- und 20 Faustballspiele ohne Unterbrechung nacheinander ausgetragen. Um diese vielen Spiele bis 6 Uhr abends abwickeln zu können, müssen nebeneinander je 2 Schlagball- und 2 Faustballspiele stattfinden, sodass der Rübberbruch bis zum letzten Fleckchen besetzt sein wird. Die Zuschauer werden in jeder Beziehung auf ihre Kosten kommen. Die Mannschaften der einzelnen Vereine sind durchweg äußerst spielfest. Erwähnt seien nur die Schlagballvereine Turngemeinde A. Minnia-Vielefeld, Gadderbaumer Turnverein-Vielefeld, Turnverein Jahn-Minden, Turngemeinde-Herford u. H. Mies Röhre ist aus dem Inserat in der morgigen Anzeige der Herforder Zeitung zu ersehen.

Unsere heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Erhebung der Getreide- und Kartoffelflächen für das Erntejahr 1920 im Landkreis Herford.

I. Auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. April 1920 findet bis zum 12. Juni d. J. eine Feststellung der von den einzelnen Bewirtschaftern (Betriebsinhabern) bestellten Getreide- und Kartoffelflächen statt.

Es sind festzustellen die Flächen beim feldmäßigen Anbau von 1. Weizen, a) Winterfrucht, b) Sommerfrucht; 2. Spelz-Dinkel, Fein-, Ein- und Einforn (Winter- und Sommerfrucht); 3. Roggen, a) Winterfrucht, b) Sommerfrucht; 4. Gerste, a) Winterfrucht, b) Sommerfrucht; 5. Gemenge aus den Getreidearten 1 bis 4; 6. Hafer; 7. Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer; 8. Kartoffeln, a) Frühkartoffeln, b) Spätkartoffeln.

II. Die Erhebung erfolgt gemeindeweise (Gutsbezirksweise) durch Befragung der Bewirtschafter (Betriebsinhaber). Ihre Ausführung obliegt den Gemeindebehörden mit Hilfe der zu diesem Zwecke ernannten Sachverständigen oder Vertrauensleute (Wirtschaftskommissionen).

III. Bewirtschafter landwirtschaftlicher Grundstücke und ihre Stellvertreter sind verpflichtet, den mit der Erhebung Beauftragten über den Anbau und die Größe der bestellten Flächen alle geforderten Auskünfte in den dazu bestimmten gemeindeweise bekannt zu gebenden Terminen gewissenhaft und wahrheitsgemäß zu erteilen.

IV. Ebenso sind die ihre Grundstücke nicht selbst bewirtschaften, auf Befragen zur Auskunftserteilung über die Eigentums-, Pacht- und sonstigen Nutzungsverhältnisse sowie über die Art und Größe der Grundstücke verpflichtet.

V. Es sind die gesamten vom Betriebsinhaber bewirtschafteten Flächen an Getreide und Kartoffeln anzugeben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eigenes Land, Pachtland, Dienstland, Deputatland oder dergleichen handelt, sowie ob die Fläche innerhalb oder außerhalb des Ortsbezirks liegt.

VI. Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben über die Ernteflächen die Grundstücke der zur Angabe Verpflichteten zu betreten, Messungen vorzunehmen, sowie die Geschäftsbücher der Bewirtschafter einzusehen, auch hinsichtlich der Größe der Grundstücke Auskunft von Behörden einzuholen.

VII. Wer vorzüglich die Angaben, zu denen er nach der Verordnung oder den zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen verpflichtet ist, nicht oder wesentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder wer der Vorschrift in Absatz VI zuwider das Betreten der Grundstücke oder die Einsicht in die Geschäftsbücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer fahrlässig die in Absatz I genannten Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 M. bestraft.

Herford, den 1. Juni 1920.

Der Landrat.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Minden folgendes bestimmt:

§ 1. Sperrbezirke bilden:

a) in der Gemeinde Spenge die Gehöfte Landwirt Ploghaus Nr. 11, Landwirt Potthoff Nr. 190; b) in der Gemeinde Baldorf die Gehöfte Landwirt Tölle, Bretthorst Nr. 26, Heuerling Rache, Bretthorst Nr. 26, Landwirt Distelmeyer, Bretthorst Nr. 61, Landwirt Ortmeyer Nr. 50.

§ 2. In diesen Sperrbezirken unterliegt sämtliches Kluen-vieh (Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine) der Absonderung im Stalle.

§ 3. Das Hüten und Treiben von Kluenvieh auf den öffentlichen Wegen desjenigen Teiles der Gemeinden Spenge und Beninghausen, der nördlich der Kreisstraße Enger-Häger-Werther und östlich der Kreisstraße Jöllenbeck-Spenge-Hüderkreuz liegt und desjenigen Teiles der Gemeinde Baldorf, der zwischen den Straßen Horst-Winterberg und Horst-Baldorf-Bläger liegt, ist verboten.

§ 4. Sämtliche Hunde in der Gemeinde Spenge und in der Gemeinde Baldorf sind festzulegen. Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Viehhunden die feste Anführung gleichzurechnen. Geflügel ist so zu verwahren, daß es das Gehöft nicht verlassen kann.

§ 5. Auf die Sperrgebiete finden im übrigen die Vorschriften der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Ministers vom 1. Mai 1912 (R. G. Bl. S. 6) Anwendung. (Siehe meine Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 26. d. M., veröffentlicht in Nr. 124 des Herforder Kreisblattes vom 29. Mai 1920).

§ 6. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Sie wird wieder aufgehoben, wenn die Seuche erloschen ist.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, sofern nicht nach dem R. G. B. eine höhere Strafe verwirkt ist, nach den §§ 74, 75, 76 und 77 des R. G. B. vom 26. Juni 1909 bestraft.

Herford, den 31. Mai 1920.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Nach § 16 Ziffer 2 der Eisenbahn-Verkehrsordnung hat, wer ohne gültige Fahrkarte betroffen wird, den doppelten Fahrpreis, mindestens aber 6,00 M. zu zahlen. Nach dieser Bestimmung wird vom 1. Juni ab stets verfahren werden. Der gleiche Betrag wird von demjenigen erhoben, der, ohne die Absicht mitzureisen, in einem zur Abfahrt bereitstehenden Zuge Platz nimmt.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß ein sofortiges und unaufgefordertes Melden dann nicht mehr vorliegt, wenn der Reisende erst bei der Fahrkartenprüfung im Zuge meldet, daß er nicht im Besitze einer gültigen Fahrkarte ist.

Reisende, die in einem Zuge mit einer Fahrkarte einer niedrigeren Klasse in einem Abteil höherer Klasse angetroffen werden, haben das erhöhte Fahrgeld zu entrichten. In D-Zügen ist der Aufenthalt im Seitengange nur neben der zuständigen Klasse gestattet. Ebenso müssen Reisende, die mit Fahrkarten für Eil- oder Personenzüge in Schnellzüge einsteigen, ohne sich vorher gemeldet zu haben, das erhöhte Fahrgeld bezahlen.

Hannover, im Mai 1920.

Eisenbahndirektion.

Niederbruch und Wiederaufbau!

7500 Tage

brauchte die Reaktion seit dem Abgang Bismarcks, um Reich und Volk in den Weltkrieg hineinzuführen.

1500 Tage

brauchte dieselbe Richtung, um den letzten Rest von moralischer und materieller Kraft Deutschlands auf den Schlachtfeldern zu erschöpfen und uns in das Elend zu stürzen.

Seit 400 Tagen

hat die Demokratie mit dem Wiederaufbau, unter Führung der Nationalversammlung, begonnen.

Wo waren da die 22 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, der Partei des „Wiederaufbaues“??

Jetzt schreien die Zerstörer Deutschlands und klagen die Demokratie und die Arbeiter an, dass noch nicht alles wieder in Ordnung ist. Und über ihre eigene Unfähigkeit gehen sie schweigend hinweg.

Gebt der Demokratie 7500 Tage

und sie gewinnt durch Arbeit in der Freiheit den verlorenen Krieg wieder.

Wer am Wiederaufbau Deutschlands ehrlich mithelfen will, der darf nur die Liste der

Deutschen Demokratischen Partei

wählen.

Jeder Arbeiter, Bürger, Bauer wählt die Liste Severing!

Wähler und Wählerinnen!

Am 6. Juni entscheidet Ihr über das Schicksal des deutschen Volkes in den nächsten Jahren und über die Zukunft unseres geliebten Vaterlandes. Die Abgeordneten, welche Ihr in den Reichstag schickt, werden nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Gesetze zu beschließen haben, sondern sie müssen auch eine Regierung bilden, welche die Leitung des Reiches fest in die Hand nehmen soll.

Wen sollt Ihr wählen?

Die Entscheidung ist nicht schwer für den, welcher weiß, um was es jetzt geht. Reich und Volk fallen auseinander, wenn die extremen Richtungen von links und rechts übermächtig werden. Nur eine gesunde und vernünftige Politik der Mitte kann die ruhige Entwicklung gewährleisten, welche wir so bitter nötig haben. — Die Deutsch-Demokratische Partei ist die Partei der Mitte und des Ausgleichs.

Wer soziales Recht will und nicht Gewalt
Wer Freiheit will und nicht Knechtung
Wer Ordnung will und nicht Zerstörung
Wer Frieden will und nicht Kampf

der muß die Liste der Deutsch-Demokratischen Partei wählen!

Die D.D.P. steht treu zur republikanischen Verfassung. Jedes Schwanken in dieser Frage bedeutet die Gefährdung der Ordnung und Ruhe. Der Kapp-Putsch und die Ruhr-Unruhen sind deutliche Beweise dafür. An ihren Folgen hat das ganze deutsche Volk noch lange zu tragen. Die D.D.P. bekämpft sich zu sozialen Formen und zu unbedingt sozialer Gerechtigkeit für jedermann.

Sozialisierungs-Versuche jeglicher Art lehnen wir ab, weil dadurch die Ertragsfähigkeit der produktiven Arbeit unterbunden wird. Nur das freie Schaffen der zahllosen selbständigen Existenzen in Handel, Handwerk und Landwirtschaft kann unsere Wirtschaft mit neuem Leben erfüllen.

Unser Wirtschaftsleben verlangt Stetigkeit und Ruhe, sonst kann der Wiederaufbau nicht gelingen. Es erfordert aber auch, wie unser ganzes öffentliches Leben, die Wiederherstellung von Ehrlichkeit, Treu und Glauben. Darum verlangen wir:

Schärfste Bekämpfung des Schiebers und Wuchertums

Schnellsten Abbau der Zwangswirtschaft

Nur aufgrund dieser Voraussetzungen ist es möglich, die sittlichen Grundlagen unseres Volkslebens zu erneuern und zu festigen. Darum sind wir auch dafür, daß die religiösen Bedürfnisse des Volkes voll befriedigt werden. Die Freiheit der Kirche muß unangetastet erhalten bleiben. Auch in der Zukunft wird die Politik der D.D.P. befeuert sein von dem

starken Nationalgefühl.

das uns bisher getragen hat. Wir haben durch die Tat bewiesen, daß uns das Vaterland höher steht als die Partei. So wie das bisher für uns gegolten hat, soll es weiter bleiben.

Wir wollen auch den ehemaligen Feinden gegenüber unsere nationale Würde wahren und mit ruhigem Ernst an dem Wiederaufbau arbeiten. Unser Vaterland lieben wir umso heißer, je unglücklicher es ist. Ihm gehört unser ganzes Sein und Tun. Deutschland muß leben.

Wer mit uns daselbe will,

wählt die Liste der Deutsch-Demokratischen Partei

welche folgende Namen enthält:

- | | |
|---|---|
| 1. Dominicus, Oberbürgermeister, Berlin-Schöneberg. | 11. Justizrat Klostermann, Gütersloh. |
| 2. Professor Dr. Neumann-Hofer, Detmold. | 12. Aug. Kottwilm, Vertriebsleiter, Rietze b. Deynhäusen. |
| 3. Malermeister Krüger, jun., Hagenburg. | 13. Hermann Eilers, Oberpostkassier, Burgsteinfurt. |
| 4. Hermann Buschmann, Grubensteiger, Gladbeck. | 14. Wilhelm Kauer, Handlungsgehilfe, Herford. |
| 5. Frau Bohnstedt, Arzt-Witwe, Bielefeld. | 15. Chemiker W. Schneider, Fabrikbesitzer, Baderborn. |
| 6. Landwirt W. Haase, Lengerich. | 16. Theodor Heilmann, Auktionator, Barendorf. |
| 7. Rudolf Wiese, Eisenbahnwerktmeister, Minden. | 17. Albert Homburg, Güterverkehrsleiter, Herford. |
| 8. August Windmüller, Kriegsbeschädigter, Halle i. W. | 18. Frau W. Frey, Bahnhofswirtin, Lage i. L. |
| 9. Wilhelm Schulz, Hauptlehrer, Riedlinghausen-Süd. | 19. E. Weinde, Regierungslandmesser, Coesfeld. |
| 10. Hofbesitzer Fr. Krömer, Levetzen Nr. 8 b. Stadthagen. | 20. Lionel Pracht, Bürgermeister, Pyrmont. |

Sofort

vom ersten Tag
an muß man die
neuen Schuhe
pflegen, scho-
nen u. erhalten

und das tut

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir in Herford

Höckerstrasse Nr. 4

eine Annahmestelle unserer Dampf-Färberei und Chemischen Reinigungsanstalt

Färben und Reinigen

von Kleidungsstücken, Stoffen,
Teppichen etc. etc.

Schnelle, gute und preiswerte Bedienung sichern wir zu

Dampf-Färberei Ulrich.
Annahmestelle Höckerstrasse 4.

Verkaufe noch 40 Stück

Offiziellste Milch-Schafstämme

4 große Milch-Schafe

in Dehme bei Bad Deynhäusen

(Nähe der Weitzstraße)

Paul Kaufmann.

Druckmaschinen

aller Art liefert schnell

und preiswert

Buchdruckerei Fr. Kuhle, Herford.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1920 (RGBl. S. 479) betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen bestimme ich für den Umfang des Regierungsbezirks Minden, was folgt:

1. Gemäß § 1 Satz 2 der vorstehend angeführten Verordnung des Reichspräsidenten wird bestraft:

Wer Gegenstände, welche zum Betrieb oder zur Aufrechterhaltung des Betriebes von industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen für die Allgemeinheit wichtigen Unternehmen (insbesondere Eisenbahnen, Straßenbahnen, Bergwerken, Wasserstraßen und dergl.) erforderlich sind, beschädigt, zerstört oder unbrauchbar macht oder dazu aufreizt, sowie wer eigenmächtig in einen solchen Betrieb eingreift oder andere zum Eingreifen anreizt oder auffordert, auch wenn damit eine Beschädigung, Zerstörung oder Unbrauchbarmachung nicht verbunden ist.

Wer Personen aus Anlaß ihrer Zugehörigkeit oder früheren Zugehörigkeit zu den Regierungstruppen, einer Sicherheits- oder Gendarmerie oder der technischen Hilfswachen, durch Wort, Schrift oder irgendwelche sonstige Handlungen bedroht, beleidigt oder in ihrem Fortkommen behindert oder andere hierzu aufreizt oder auffordert, oder eine der genannten Handlungen gegen Familienangehörige dieser Personen begeht, wer Druckschriften und Flugblätter, in welcher gegen Regierungstruppen, Sicherheits-, Gendarmerie- und technische Hilfswachen oder deren Familienangehörige aufgereizt wird, anfertigt oder verbreitet.

Wer als männliche Person im Alter vom vollendeten 17. bis

50. Lebensjahre sich weigert, im Bedarfsfalle, auf Anweisung der Gemeindebehörden Notstandsarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten.

Wer vom unbefugten Vorhandensein von Waffen und Munition Kenntnis erhält und es verkennt, unverzüglich die Polizeibehörde zu benachrichtigen.

2. Alle Beamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft sowie alle Polizei- und Hilfspolizeibeamten sind befugt, die Postanstalten zu betreten, die dort vorhandenen Pakete zu untersuchen und solche Pakete, bezüglich derer Verdacht besteht, daß sie Schießwaffen, oder Schießwaren, geschmuggelte Gegenstände oder Waffen oder Munition enthalten, die der Ablieferungspflicht (Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend Waffenablieferung vom 10. April 1920, RGBl. S. 558), entzogen werden sollen, zu beschlagnahmen. Soweit sich der Verdacht nicht bestätigt, sind die Pakete unverzüglich der Post zurückzugeben, gleichzeitig hat der betreffende Beamte der Post schriftlich zu bestätigen, daß er das Paket auf Grund dieser Anordnung geöffnet und durchsucht hat.

Pakete, deren Inhalt als Schieber- oder Schleuderhandelsware festgestellt worden ist, sind an den Kommunalverband, in dessen Bezirk sie beschlagnahmt worden sind, folde, welche Schmuggelware enthalten, an die Zollbehörde, Pakete, die unzulässiger Weise Waffen oder Munition enthalten, dem Kommando der Sicherheitspolizei hier zuzuführen.

Alle auf Grund dieser Verordnung erfolgten Beschlagnahmen sind dem Herrn Regierungspräsidenten anzuzeigen.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen als Regierungskommissar.

93. Dr. Wermeling.
Münster, den 15. Mai 1920.

In unser Handelsregister, Abt. A, Nr. 380 ist heute bei der Firma **Johann Heintz Wessel in Herford** folgendes eingetragen worden: Die Gesamtprokura der Kaufleute **Adolf Beuermann** und **August Höper**, beide zu Herford, ist erloschen. Dem Kaufmann **Adolf Beuermann** zu Herford ist wieder Einzel-Prokura erteilt.

Herford, den 29. Mai 1920.

Amtsgericht.

In unser Handelsregister, Abt. A, Nr. 682 ist heute bei der Firma **Wilhelm Gläser in Enger** und als deren Inhaber der Zigarrenfabrikant **Wilhelm Gläser in Enger i. W.** eingetragen.

Herford, den 29. Mai 1920.

Amtsgericht.

In unser Handelsregister, Abt. A, Nr. 683 ist heute bei der Firma **August Krubup in Enger** und als deren Inhaber der Kaufmann **August Krubup in Enger** eingetragen.

Herford, den 28. Mai 1920.

Amtsgericht.